

## Europäische Union: Demokratiedefizite und Eurokrise

In den nachfolgenden Beiträgen will ich auf gravierende Demokratiedefizite der Europäischen Union hinweisen und neben grundsätzlichen Legitimationsproblemen auch Zusammenhänge mit der Eurokrise aufzeigen. Dabei sollen auch einige ökonomische Zusammenhänge in allgemeinverständlicher Form zur Sprache kommen.

### 1. Die Europäische Union und ihr gravierendes Demokratiedefizit:

Bevor ich auf die kritischen Aspekte – wie in der Überschrift bereits zum Ausdruck gebracht – zu sprechen komme, möchte ich zunächst betonen, dass ich vieles, das mit der sogenannten ‚Europäischen Idee‘ verbunden wird, nachdrücklich unterstütze. Es sind dies vor allem die im Zuge langer geschichtlicher Prozesse entwickelten Werte wie die jedem Menschen gleichermaßen zukommende Würde, die daraus abgeleiteten Prinzipien der Demokratie, des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung sowie der seit dem Ende des furchtbaren Zweiten Weltkrieges etablierte Friedensgedanke: Ein sehr großer historischer Fortschritt besteht in der Schaffung einer stabilen Friedenszone in Europa von früher sich immer wieder bekriegenden Staaten, so daß sich in meiner Generation wohl kaum jemand mehr ernsthaft vorstellen kann, gegeneinander Krieg zu führen. Ebenfalls empfindet eine große Mehrheit der Bevölkerung in allen Mitgliedstaaten die Freizügigkeit, die sich nicht nur auf das Reisen beschränkt, mit ihren vielfältigen wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungen als im wesentlichen sehr positiv. Kein vernünftiger Mensch wird hierauf verzichten wollen.

Trotz all dieser sehr zu begrüßenden Fortschritte der letzten Jahrzehnte, die es aus meiner Sicht unbedingt zu erhalten gilt, werde ich nachfolgend Kritikpunkte anführen, welche sehr grundsätzlicher Natur sind und die oben genannten, positiven Errungenschaften nachhaltig gefährden können. Bereits vor mehreren Jahren warnte ich vor Fehlentwicklungen beim europäischen Einigungsprozess und deren möglichen, negativen Folgen:

„Die Europäische Union ist mehr als nur einen loser Völkerbund im Kleinen, weil die ihr angehörenden Nationalstaaten bedeutende Bereiche ihrer Souveränität an diese Organisation abgegeben haben. Wie begrüßenswert auch immer alle Fortschritte (s.o.) sind, so muß doch einiges kritisiert werden. Zunächst sind hierbei an mehreren Stellen sowohl ein erhebliches Demokratiedefizit als auch eine teilweise mangelhafte Gewaltenteilung auszumachen. Weder die verschiedenen Europäischen Räte, besetzt mit Vertretern der Exekutive der Nationalstaaten, noch die Kommission sind hinreichend demokratisch legitimiert. Erstere sollten als Regierungsvertreter keine Gesetzgebungskompetenz besitzen, da dies die Gewaltenteilung aufhebt. Die Zusammensetzung letzterer wird maßgeblich durch eben diese Vertreter bestimmt, auch wenn das Europäische Parlament zustimmen muß. In der politischen Praxis werden von diesen Institutionen – also der Europäischen Räte sowie der Kommission – sehr häufig weitreichende Entscheidungen getroffen, welche das Leben der Menschen in der Europäischen Union stark beeinflussen, ohne daß ein hinreichender öffentlicher Diskussionsprozeß stattgefunden hat. Desweiteren werden die Befugnisse der nationalen Parlamente dadurch in unerträglicher Weise eingeschränkt, so daß die Bürger durch die Wahl ihrer Abgeordneten kaum oder gar keinen Einfluß mehr auf wichtige Politikfelder nehmen können. Dieser Zustand ist völlig inakzeptabel! Aber auch das Europäische Parlament ist kein Hort der Demokratie. Ein elementarer demokratischer Grundsatz wird allein schon bei der Wahl der Abgeordneten sträflich mißachtet, nämlich daß die Stimme jedes Wahlbürgers gleiches Gewicht besitzen muß. Dies ist aber nicht der Fall, da für die Wahl eines Abgeordneten aus einem kleineren Mitgliedsland viel weniger Stimmen als aus einem größeren erforderlich sind. Ein weiteres demokratisches Defizit stellt die fehlende **europäische** politische Öffentlichkeit

dar. Notwendige Diskussionsprozesse können schon allein wegen der Sprachbarrieren nicht gesamteuropäisch stattfinden. Trotz vielfältiger gemeinsamer kultureller Wurzeln gibt es dennoch kein ‚europäisches Volk‘ und damit keinen legitimen Souverän, wobei die verschiedenen Muttersprachen nur ein, wenn auch sehr wichtiger Ausdruck der verschiedenen Nationalkulturen sind. Solange es aber ein die Demokratie legitimierendes Staatsvolk nicht gibt, weil die meisten Menschen in Europa dies zurzeit nicht wollen, existiert überhaupt keine Grundlage für demokratische Entscheidungen! Infolgedessen kann es vorerst keine ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ geben, sondern es müssen Regelungen gefunden werden, welche die bisherigen Nationalstaaten mit Kernkompetenzen weiterbestehen lassen, so daß man eher ein ‚Europa der Vaterländer‘ anstreben sollte. Viele Bürger, welche die Fortschritte Europas durchaus zu schätzen wissen, fühlen sich durch intransparente und undemokratische Entscheidungen entmündigt sowie ohnmächtig, sich durch Wahlen und Abstimmungen dagegen wehren zu können. Dies ist möglichst zügig grundlegend zu ändern und zwar sowohl aus prinzipiellen, die Menschenwürde betreffenden Gründen, als auch um der Erhaltung dieser Gemeinschaft selbst willen, da bei einer zu großen Frustration der Bürger unter Umständen viele positive Errungenschaften ebenfalls Schaden nehmen.

Die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden zur Verfassung der Europäischen Union im Jahr 2005 haben die eben aufgeführten Bedenken eindrucksvoll bestätigt: Der Verfassungsentwurf ist mehrheitlich in beiden Ländern abgelehnt worden, obwohl ihn die politische Klasse fast einhellig befürwortet und für dessen Zustimmung vehement geworben hat. In vielen, wenn nicht gar in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union herrscht bei der weit überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ein Bewußtsein vor, welches im Nationalstaat die entscheidende Institution der demokratischen Legitimation sieht und eben nicht in Europa als Ganzem. Es gibt kein europäisches Staatsvolk, solange die allermeisten Menschen dies nicht wollen, und sie wollen es zurzeit nicht! Sie verstehen sich zunächst einmal als Bürger eines bestimmten Landes und dann erst als Europäer. Infolgedessen müssen die wesentlichen Entscheidungen, die das Zusammenleben in einem Land regeln, dort durch demokratische Verfahren getroffen werden, um Legitimität beanspruchen zu können. Dem stehen selbstverständlich gesamteuropäische Abkommen nicht prinzipiell entgegen, wie beispielsweise ein gemeinsamer Markt verbunden mit Reise- und Niederlassungsfreiheit. Nur muß jedes Land eben für sich **demokratisch** entscheiden, wie weit die Integration für dasselbe gehen soll. **Ich wende mich hiermit also keineswegs grundsätzlich gegen verstärkte Integrations Schritte, sondern nur gegen von politischen Eliten ohne Zustimmung der davon Betroffenen verordnete!** Es ist daher prinzipiell möglich, wenn es dem Willen der Mehrheit der Menschen in einigen Ländern entspricht, verstärkt Kompetenzen an eine supranationale Institution abzugeben und diese dann natürlich einer gemeinsamen demokratischen Kontrolle unterliegt. Dabei kann es durchaus zu einem staatsähnlichen Gebilde kommen, wodurch wesentliche, ursprünglich nationale Kompetenzen auf die neue Ebene übertragen werden. Aber genau dies wollen die Menschen in Europa eben im Augenblick so nicht. Für sie stellt weiterhin der Nationalstaat die wesentliche Bezugsgröße und Identifikationsquelle dar. Und genau darin gründet im wesentlichen die Ablehnung in den beiden genannten Ländern. Obgleich in dem zur Abstimmung vorgelegten Verfassungsentwurf sogar Volksabstimmungen auf europäischer Ebene vorgesehen waren, ist dies unter den genannten Voraussetzungen insofern kein demokratischer Gewinn, als daß im Verständnis der Bevölkerungen der einzelnen Länder kein entsprechendes Zusammengehörigkeitsgefühl in einem Maße existiert, welches eine hinreichende Basis für die Legitimation einer derartigen Abstimmung abgibt, weil die Menschen sich nicht in erster Linie als Europäer verstehen wollen, sondern als Franzosen, Briten oder Deutsche. Wenn die politischen Akteure trotz alledem so weiter machen sollten wie bisher und dabei den Mehrheitswillen ignorieren, laufen sie Gefahr, viele positive sowie von den meisten Menschen bisher sehr geschätzte Errungenschaften der Europäischen Union zu gefährden, weil auch sie dann eine Ablehnung infolge einer verstärkt um sich greifenden Euro-

paskepsis erfahren könnten. Meine Hoffnung besteht darin, daß zum einen immer mehr Politiker zu der Überzeugung gelangen, daß man ohne oder gegen das eigene Volk dauerhaft keine erfolgreiche und schon gar nicht legitime Politik betreiben kann bzw. darf und zum anderen, daß die Menschen immer stärker ihre demokratischen Rechte einfordern.“

Nun, Anfang des Jahres 2013, finde ich im Zuge der schon einige Jahre andauernden Eurokrise viele meiner oben vor Jahren geäußerten Befürchtungen leider bestätigt. Aber anstatt eine Einsicht in die grundsätzlichen Fehlentwicklungen des bisher eingeschlagenen Weges zu erkennen, innezuhalten und umzukehren, wollen große Teile der politischen Elite in den meisten europäischen Ländern – leider auch und gerade in Deutschland – genau diesen falschen und undemokratischen Weg sogar noch verstärkt fortsetzen. Es ist wirklich ein Trauerspiel, das uns hier geboten wird!

## 2. Eurokrise: Die falschen Versprechungen der Politik:

Die derzeitige Eurokrise dürfte eigentlich niemanden, der sich mit dem Thema ernsthaft beschäftigt hat, überraschen: Die Konstruktion des Euro, nach welcher es eine gemeinsame Zentralbank und damit gemeinsame Geld- sowie Zinspolitik für alle 17 Teilnehmerländer aber keine gemeinsame Fiskal-, Steuer- und Wirtschaftspolitik gibt, musste insbesondere bei sich ganz unterschiedlich wirtschaftlich entwickelnden Ländern zu Ungleichgewichten führen. Diese ziehen erhebliche Probleme nach sich, die wir heute – Anfang 2013 – in aller Schärfe zu spüren bekommen. Warnungen davor hat es hinreichend gegeben, aber verantwortliche Politiker – allen voran einer der Väter des Euro Helmut Kohl – haben diese arrogant in den Wind geschlagen und tun es auch heute noch! Dabei spielen aber keineswegs nur die ökonomischen Zusammenhänge eine wichtige Rolle, sondern mindestens ebenso demokratische Legitimationsdefizite, wie ich sie obigen Beitrag bereits vor Jahren dargelegt habe.

Nachfolgend werde ich meine Position am Beispiel der deutschen Politik begründen. Zunächst einmal ist der Euro in Deutschland – trotz aller Warnungen, wie oben bereits ausgeführt – von allen großen Parteien gutgeheißen und durchgesetzt worden, ohne das deutsche Volk in einer Volksabstimmung darüber abstimmen zu lassen. Alle seriösen Meinungsfragen ergaben in den 1990er Jahren eine klare Ablehnung der deutschen Bevölkerung gegen die Abschaffung der Deutschen Mark und die Einführung der neuen Währung ‚Euro‘. Dies ist aus demokratischer Sicht ein Skandal, aber darum scherte sich die politische Machtelite in diesem Land natürlich überhaupt nicht und tut es auch heute nicht!

Die Politiker versprachen dem deutschen Volk, dass diese Währungsunion **keinesfalls** eine Transferunion sei und werden dürfe und hielten dies sogar vertraglich fest: Es ist demnach ausdrücklich verboten, dass ein Land für die Schulden eines anderen haftet, also beispielsweise der deutsche Steuerzahler für griechische Schulden. Und wie sieht es heute aus? Wir deutschen Steuerzahler haften nun doch. Die Politik bricht hiermit nicht nur ein Wahlversprechen – so, wie es schon allzu häufig geschehen ist. Nein, sie **bricht rechtsgültige Verträge!** Man stelle sich vor, wir normalen Bürger würden uns erdreisten, einfach einmal Verträge zu brechen. Wir müssten zurecht juristische Konsequenzen fürchten. Nicht so natürlich die Politiker. Sie machen, was sie wollen: Sie brechen Versprechen gegenüber uns Wählern, sie brechen rechtsgültige Verträge und sie denken nicht im Traum daran, uns selbst darüber direkt abstimmen zu lassen, wie es weitergehen soll. Stattdessen rufen sie uns auf, gerade ihnen, die uns belogen und betrogen haben, doch die wichtigen Entscheidungen in dieser Frage zu überlassen. Eine kaum zu überbietende Dreistigkeit!

Aber auch die Europäische Zentralbank unter der Führung des Franzosen Herrn Trichet sowie seines Nachfolgers, des Italieners Mario Draghi bricht die Regeln, indem sie kräftig Staatsanleihen der Krisenländer kauft. Auch dies ist aus guten Gründen – nämlich u.a. wegen der Inflationsgefahr, die damit verbunden ist – verboten. Zu Zeiten der Deutschen Mark unter der Aufsicht der Deutschen Bundesbank wären solch massive Staatsanleihenkäufe undenkbar gewesen. Aber in anderen Ländern gab und gibt es eben andere Traditionen. Und diese haben sich augenscheinlich gegen die gut begründeten Bedenken der deutschen Sicht im Zentralbankrat der Europäischen Zentralbank durchgesetzt. In diesem Zusammenhang muss unbedingt auf eine weitere Fehlkonstruktion der Europäischen Zentralbank hingewiesen werden: Deutschland hat nach den Verträgen das gleiche Stimmgewicht im entscheidenden Zentralbankrat wie jedes andere Land, das Mitglied im Euroraum ist, also beispielsweise Malta oder Zypern! Deutschland hingegen muss entsprechend seiner Wirtschaftskraft und Bevölkerungsgröße (beides hängt miteinander zusammen) die größten Einlagen in dieser Zentralbank hinterlegen und haftet auch für einen viel größeren Anteil als andere Länder, ohne dass dem in der Gewichtung des Stimmrechtes Rechnung getragen wird. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, **wie deutsche Interessen von verantwortlichen deutschen Politikern verraten worden sind**, ohne dass der ernsthafte Versuch gemacht worden ist, den deutschen Bürgern diesen Sachverhalt zu erklären, geschweige denn direkt das Volk darüber abstimmen zu lassen. Dies verringert völlig zurecht in nicht unerheblichem Maße das Vertrauen vieler Deutscher in den Euro sowie die verantwortlichen Politiker zusätzlich!

Nun erzählen uns viele Politiker, wie stark gerade doch wir Deutschen vom Euro wirtschaftlich profitieren würden. Sie zählen dabei immer wieder alle (angeblichen) Vorteile auf, ohne aber auch die andere Seite – die Risiken und Kosten – gebührend zu erwähnen. Ich will mir diese Einseitigkeit nicht zu eigen machen und beginne daher mit unbestreitbaren wirtschaftlichen Vorteilen des Euro gerade für uns Deutsche. Zunächst einmal fallen die Kosten, die mit der Umrechnung und dem Umtausch in verschiedene Währungen verbunden sind, innerhalb der Eurozone weg. Ebenfalls gibt es gerade für unsere exportorientierte deutsche Wirtschaft kein Wechselkursrisiko innerhalb der Eurozone. Deutsche Exporteure müssen also nicht befürchten, dass aufgrund einer Aufwertung der heimischen Währung gegenüber derjenigen des Exportlandes die Produkte teurer und damit schwerer verkäuflich werden bzw. der ursprünglich kalkulierte Gewinn sich verringert. In diesem Zusammenhang steigt zudem noch die Planungssicherheit. Beim besagten Wechselkursrisiko handelt es sich eben um ein Risiko, das in der Wirklichkeit kaum oder sogar überhaupt nicht ins Gewicht fallen muss, sondern eben nur kann. Viele Eurobefürworter behaupten nun einfach, dass Deutschland als größte Exportnation in der Eurozone nun dadurch sehr profitiert habe. Aber das stimmt so überhaupt gar nicht: Vor der Einführung des Euro waren unsere Exporte in die Länder der heutigen Eurozone gemessen am gesamten deutschen Export prozentual höher, als sie es heute sind! Das bedeutet, dass wir trotz Euro nicht **mehr**, sondern sogar **deutlich weniger** prozentual in die Länder der Eurozone exportieren. In die anderen Länder, die den Euro nicht haben und gegenüber denen für uns weiterhin das besagte Wechselkursrisiko besteht, verkaufen wir mehr Waren und Dienstleistungen. So einfach, wie es uns viele Politiker weismachen wollen, ist es also keineswegs. Denn wie viel und wie profitabel sich Exporte gestalten, hängt bei weitem nicht **nur** vom Wechselkurs ab!

Zudem verschweigen uns viele Eurobefürworter in der Politik noch die Vorteile, die uns eine stärkere Deutsche Mark gebracht hätte. Denn die Aufwertung einer Währung hat für ein Land keineswegs **ausschließlich** negative Folgen, die durch die Verteuerung der Exporte eintreten. Zunächst einmal werden die Importe, so beispielsweise Rohstoffe wie Erdöl, billiger. Durch eine solche Verbilligung werden viele Produkte sowohl für den deutschen Kunden im Inland als auch die für den Export vorgesehenen Güter billiger. Denn ihre Herstellungskosten verrin-

gern sich dadurch ja auch. Ebenfalls wären Reisen und Einkäufe für deutsche Privatleute im Ausland preisgünstiger, weil unser Geld eben mehr wert wäre.

Dass Deutschland also keineswegs einfach nur als großer wirtschaftlicher Gewinner des Euro zu betrachten ist, belegt zu dem bereits Dargelegtem noch folgender Aspekt: Gerade in den ersten Jahren nach der Einführung des Euro ist viel Kapital von Deutschland weg hin zu den anderen Euroländern geflossen, weil viele annahmen, dass man dort mit der neuen Währung genauso sicher sein Geld investieren könne wie zuvor in Deutschland. Dies hat unsere Wirtschaftskraft nachweislich spürbar geschwächt. Erst in den letzten Jahren im Zuge der Krise ist vieles davon wieder zurück nach Deutschland geflossen.

Wir können anhand dessen wieder einmal sehen, dass man den vollmundigen Verlautbarungen vieler Politiker nicht vertrauen kann! Die Vertrauenskrise in den Euro ist ganz erheblich von den politisch Verantwortlichen verursacht worden. Die Eurokrise wird immer mehr auch zu einer grundlegenden Vertrauenskrise in die politisch Verantwortlichen, weil wir Bürger weder auf die fachliche Kompetenz jener Politiker noch auf deren moralische Integrität vertrauen können. **Sie halten uns gegebene Versprechungen einfach nicht ein und brechen sogar rechtsgültige Verträge und beides mit voller Absicht! Das zerstört auf Dauer die Fundamente der Demokratie in Deutschland und in ganz Europa! Denn auf Lug und Betrug lässt sich meiner Meinung nach kein Gemeinwesen auf Dauer errichten bzw. erhalten, und das soll es aus moralischen Gründen auch gar nicht!!**

### 3. Hilfspakete, Rettungsschirme, Eurobonds: Marsch in die Schuldenunion und Sprengsätze für die europäischen Demokratien:

Hilfspakete und Rettungsschirme für überschuldete Euroländer wie Griechenland oder Portugal sowie die immer wieder in die Diskussion gebrachten Eurobonds bedeuten einen beschleunigten Marsch in die Schuldenunion und stellen Sprengsätze für die europäischen Demokratien dar.

Beginnen wir mit den Hilfspaketen und Rettungsschirmen, von denen bereits mehrere beschlossen worden sind; so der Stand Anfang 2013. Mithilfe der genannten Maßnahmen sind überschuldete Länder bis jetzt vor der Staatsinsolvenz, also der Zahlungsunfähigkeit bewahrt worden. Sie waren auf diese Hilfe von Staaten wie vor allem Deutschland angewiesen, weil ihnen kein privater Gläubiger mehr zu bezahlbaren Konditionen Geld leihen wollte. Aber genau dieses Geld brauchten jene überschuldeten Länder dringend, um ihren Zahlungsverpflichtungen im In- wie Ausland nachkommen zu können. Denn ihre Einnahmen aus Steuern und Abgaben reichen dafür bei weitem nicht aus. Und Kredit zur Deckung ihrer Defizite bekommen sie von privaten Investoren kaum oder gar nicht mehr. Diese Länder sind nämlich nach Meinung von jenen privaten Investoren wie beispielsweise Lebensversicherungen kaum oder gar nicht mehr in der Lage, Zins- und Tilgungszahlungen bestehender Kredite, geschweige denn für neue aus eigener Kraft auch in Zukunft sicherzustellen. Diese Länder – außer Irland alles von Deutschland aus südlich gelegene Staaten – haben insbesondere nach der Euroeinführung die dadurch niedrigeren Zinsen nicht dazu genutzt, ihre bisherigen Schulden abzubauen und besser zu wirtschaften, sondern die Politiker dieser Länder haben – ganz im Gegenteil – diesen Zinsvorteil dazu genutzt, noch mehr Schulden anzuhäufen, um ihrer Bevölkerung Wahlgeschenke auf Pump zu bieten. Und die Wähler in diesen Ländern haben dies dankbar angenommen. Dass sie diesen Zinsvorteil vor allem Deutschland zu verdanken haben, wurde und wird auch heute noch häufig ausgeblendet. Denn im wesentlichen war und ist die Stärke des Euro an Deutschland gebunden. Aber nun ist die Party vorbei und

das Vertrauen der Märkte in viele Euroländer, gerade im Süden Europas, leichtfertig verspielt. Aber erst auf Druck der oft zu unrecht gescholtenen Märkte finden sich nun jene Länder – einige mehr, andere weniger – zu Korrekturen bereit, weil sie schlicht keine andere Wahl haben. Denn ansonsten können sie zukünftig weder im Ausland dringend benötigte Waren mangels Zahlungsfähigkeit kaufen, noch die Gehälter ihrer Staatsbediensteten oder beispielsweise die Renten auszahlen. Griechenland oder Portugal könnten es jetzt schon nicht, wenn nicht wir deutschen Steuerzahler ihnen mit Hilfspaketen und Rettungsschirmen unter die Armen gegriffen hätten. Aber das heißt letztlich nichts anderes, als dass wir Deutsche auf Wohlstand verzichten müssen, weil andere über ihre Verhältnisse gelebt haben. Und indem wir diese Politik durch immer größere Hilfspakete und Rettungsschirme fortsetzen, nehmen wir auch den Druck ein wenig weg, der diese Länder veranlasst, wirklich durchgreifende Strukturreformen umzusetzen. **Die Deutschen zahlen ja, sagt man sich nicht ganz zu unrecht!** Bei uns in Deutschland fehlt hingegen das Geld für Schulen, Kindertagesstätten und dergleichen, aber für diese Länder gehen wir mit unglaublichen hunderten von Milliarden in die Haftung. **Und wer von den politisch Verantwortlichen uns weismachen will, dass wir am Ende nicht kräftig werden zahlen müssen, ist entweder unglaublich naiv, sprich fachlich völlig inkompetent oder belügt uns schamlos!**

Wer den Druck der Märkte von den nicht solide wirtschaftenden Ländern wegnimmt, provoziert jene nur, weiterhin die wirtschaftlich notwendigen Strukturanpassungen nicht vorzunehmen. Denn sowohl ihre Staatsapparate als auch ihre Wirtschaft sind – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – international nicht hinreichend wettbewerbsfähig. Griechenland ist hierbei ein besonders krasses Beispiel.

**Eurobonds** – also Schuldverschreibungen, für die alle Eurostaaten gemeinsam bürgen – sind **genau das falsche Signal** an die unsolide wirtschaftenden Staaten, da sie diese nur dazu verleiten, sich weiter übermäßig zu niedrigen Zinsen zu verschulden, weil ja Länder wie Deutschland mit ihrer – bisher noch – guten Bonität für sie mit bürgen. Dennoch kämen bei der Einführung dieser Eurobonds sofort schon erhebliche Kosten auf uns Deutsche zu, weil die Zinsen für unsere eigenen Schulden ansteigen würden. Denn unsere Bonität würde natürlich darunter leiden, wenn wir immer mehr für andere mit unzähligen Milliarden ins Obligo gingen. Und das höhere Risiko schlägt sich dann in dementsprechend höheren Zinsen für uns nieder, da auch wir immer noch neue Schulden machen. Laut Berechnungen des ifo-Institutes handelt es sich dabei um Mehrbelastungen für den deutschen Steuerzahler in Höhe zweistelliger Milliardenbeträge – **und das Jahr für Jahr, ohne dass ein Ende absehbar ist!**

Länder wie Griechenland oder Portugal werden auf absehbare Zeit nicht eine auch nur annähernd so effiziente und konkurrenzfähige Wirtschaft wie Deutschland entwickeln können. Darüber hinaus deutet nicht allzu viel darauf hin, dass die südlichen Länder des Euroraums und deren Völker harte Anpassungsmaßnahmen – so beispielsweise das Senken von Löhnen und anderen Preisen, um international wettbewerbsfähig zu werden – durchführen wollen. In einem gemeinsamen Währungsraum fehlt ihnen dann aber die Möglichkeit einer Anpassung über die Abwertung der eigenen Währung. Solche Abwertungen der Währung waren bis zur Euroeinführung gängige Praxis in jenen Ländern. Und dann sollten sie sich auf einmal eine deutsche Stabilitätskultur zu eigen machen. Das musste scheitern, wie wir heute wissen. Zahlreiche Ökonomen haben schon vor der Einführung des Euro davor gewarnt, dass eine stabile Währungsunion nur dann dauerhaft zu etablieren sei, wenn die Wirtschafts-, Finanz- bzw. Haushalts- sowie die Steuerpolitik der an ihr beteiligten Länder eng aufeinander abgestimmt seien. Es bedarf kurz gesagt neben der Währungsunion einer politischen Union. Denn wenn zwischen den an der Währungsunion beteiligten Ländern größere Ungleichgewichte wie z.B. Handelsüberschüsse des einen gegenüber einem oder mehreren anderen Ländern aufgrund

seiner höheren wirtschaftlichen Produktivität und einem damit verbundenen besseren Preis-Leistungs-Verhältnis seiner Waren auftreten, dann können diese Ungleichgewichte und sich alle daraus ergebenden Folgen nicht mehr durch Wechselkursanpassungen ausgeglichen werden, da ja alle die gleiche Währung besitzen. Es ist also einem wirtschaftlich schwächeren Land nicht möglich, durch Abwertung seiner Währung dem eigenen Handelsbilanzdefizit zu begegnen. Denn infolge einer Abwertung der eigenen Währung werden Importe teurer und Exporte billiger. Es gewinnt durch die Abwertung der eigenen Währung – zumindest kurzfristig – an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und kann somit Ungleichgewichte im Handel mit anderen Ländern leichter ausgleichen. Dieses Instrument fehlt in einem gemeinsamen Währungsraum. Erschwerend kommt in der Eurozone noch folgendes hinzu: Es sind Länder mit ganz unterschiedlichen Mentalitäten und Traditionen gerade auch im Hinblick auf wirtschaftliche Fragen in eine gemeinsame Währungsunion gezwungen worden. Die südlichen Länder waren bekanntlich Weichwährungsländer, während die nördlichen – insbesondere auch Deutschland – Hartwährungsländer waren. Dies passte niemals zusammen und konnte nur notdürftig von der politischen Elite verschleiert werden. Doch spätestens jetzt reißt dieser Schleier und den Bürgern wird bewusst, dass sie betrogen worden sind! Wenn man den Euro behalten und einen Kollaps des Währungssystem vermeiden will, bleibt neben drastischen Sparmaßnahmen der am meisten verschuldeten Länder eben doch nur eine Transferunion, welche die wirtschaftlichen Ungleichgewichte auszugleichen hilft. Und das ist genau das, was der deutsche Steuerzahler nicht wollte und will. Entgegen aller früheren Beteuerungen der Politiker ist dies nun aber doch eingetreten und zwar genauso, wie es viele Ökonomen richtig vorausgesagt haben. Doch Politiker wie Helmut Kohl haben sich arrogant darüber hinweggesetzt. Verantwortlich gemacht werden sie freilich nicht dafür. Aber wir dürfen die Suppe, die uns jene Leute eingebrockt und uns nicht haben darüber abstimmen lassen, nun auslöffeln!

Trotz der im Vergleich zu den hoch verschuldeten Euroländern deutlich besseren Situation in Deutschland haben auch wir ein massives Schuldenproblem: Wenn Deutschland ab sofort keine neuen Schulden mehr aufnehmen müsste und **täglich ein Million Euro** Schulden zurückzahlte, so würde es **5.408 Jahre** dauern, bis alles abbezahlt wäre; bei einer Rückzahlung von **einer Million Euro pro Stunde wären es immer noch 225 Jahre!** Dies kann man im ‚Steuerzahler‘, Ausgabe September 2011 auf den Seiten 4 und 5 nachlesen; der ‚Steuerzahler‘ wird vom ‚Bund der Steuerzahler‘ herausgegeben. Wir sind also der Einäugige unter den Blinden. Uns in Deutschland geht es zwar im Vergleich zu Ländern wie Griechenland oder Portugal noch vergleichsweise gut, aber auch unser derzeitiges Schuldenproblem ist sehr bedrohlich. Und wenn wir zukünftig für immer mehr Schulden anderer Länder einstehen müssen, wird sich diese Situation noch deutlich verschärfen und vielleicht stehen wir dann auch irgendwann vor der Pleite.

Abschließend möchte ich hierzu festhalten, dass eben nicht nur Länder wie Griechenland oder Portugal überschuldet sind, sondern natürlich auch Deutschland schon seit vielen Jahrzehnten über seine Verhältnisse gelebt hat und sich dies auch unabhängig von der gegenwärtigen Eurokrise irgendwann einmal rächen wird. Das Wegschieben von eigener Verantwortung auf andere – sei es auf Spekulanten, auf andere Länder, deren Solidarität man einfordert, obwohl man für die eigene Misere selbst verantwortlich ist, sei es auf die nachfolgenden Generationen, welche dann den gemachten Schuldenberg abtragen sollen – wird sich wahrscheinlich schon bald bitter rächen, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, indem unverantwortliche Demagogen mit uneinlösbaren Heilsversprechen an Zulauf gewinnen, u.a. auch weil sie Neidkampagnen gegen diejenigen lostreten, die den Karren ziehen und denen maßgeblich unser derzeit erreichtes Wohlstandsniveau mit all seinem sozialen Ausgleich zu verdanken ist!

Die bisherige Politik der Hilfspakete und Rettungsschirme ist aber nicht nur aus ökonomischer Sicht äußerst fragwürdig, sondern untergräbt auch die Demokratien in Europa und zwar sowohl in den Geber- bzw. Garantieländern wie Deutschland, als auch in den Nehmerländern wie Griechenland.

Beginnen wir mit Deutschland: Der größte Teil der politischen Elite dieses Landes gibt bereitwillig Garantien und letztlich auch Geld an andere Länder und zwar unser Geld, das Geld der Bürger und Steuerzahler! Die Meinungsumfragen ergaben, dass gut Dreiviertel der Bevölkerung diese Politik ablehnen. Aber was heißt das schon, wenn die politische Elite es anders will! Wir haben keine Möglichkeit, direkt darüber abzustimmen, ob wir diese Garantien geben wollen oder eben nicht. Darüber hinaus können unsere Volksvertreter sowie die Bundesregierung nur sehr eingeschränkt – wenn überhaupt – sicherstellen, dass in den Nehmerländern auch wirklich im Sinne der Geber mit den zur Verfügung gestellten Mitteln umgegangen wird. In Deutschland selbst hat der Bundestag sehr viel größere, direktere und wirksamere Möglichkeiten, die sachgerechte Verwendung von Haushaltsmitteln zu gewährleisten.

Nun zu Nehmerländern wie Griechenland: Wenn die Regierung versucht, die von außen, d.h. maßgeblich von Geberländern wie Deutschland geforderten Maßnahmen umzusetzen, stößt sie auf große Widerstände in der eigenen Bevölkerung. Diese Bevölkerung gewinnt zunehmend den Eindruck, dass sie mit ihrer Wahlstimme sowieso nichts mehr bewirken kann, weil andere ihnen vorschreiben, wie sie wirtschaften und ihren Staat organisieren müssen. Dabei verdrängen allerdings viele von ihnen, dass sie mit der unverantwortlichen Ausgabenpolitik in den vergangenen Jahren sich selbst in diese missliche Lage gebracht haben und zwar auch das einfache Wahlvolk, das so gerne **die** Politiker gewählt hat, die am meisten Wohltaten versprochen haben. Wie auch immer, Vorgaben von außen werden immer als Fremdbestimmung empfunden und führen entweder zu massivem Protest oder Lethargie, nicht aber zu konstruktivem Mitwirken im demokratischen Gemeinwesen.

Man kann festhalten, dass sowohl in den Geber- als auch Nehmerländern das Vertrauen in die Demokratien durch die oben beschriebenen Maßnahmen der verantwortlichen Politiker untergraben wird. **Besser wäre es, wenn jedes Land über seine Lebensweise und damit seine Zukunft selbstverantwortlich entscheidet, aber damit auch die Konsequenzen für sein Handeln trägt und eigene Fehler nicht von anderen bezahlen lässt!** Warum sollten die Griechen auch so leben und wirtschaften wie wir Deutschen? Ich möchte ihnen auch gar nicht als deutscher Oberlehrer sagen, was sie zu tun oder zu lassen haben. Sie sollen über ihre eigene Lebensweise selbst entscheiden und dann selbstverständlich auch für die Folgen ihres Handelns einstehen.

Und hier genau liegt der schon mehrfach von mir beschriebene grundsätzliche Konstruktionsfehler der gemeinsamen Währung: Sie besitzt keine demokratische Legitimation, weil es kein europäisches Volk mit entsprechendem Identitäts- und Solidaritätsgefühl einschließlich einer gemeinsamen Sprache und Kultur gibt. Trotz aller europäischer Gemeinsamkeiten sind es letztlich doch die Nationen, die Nationalstaaten, die Identität und damit ein hohes Maß an Solidarität bieten. Wenn nun einige, aber keineswegs alle Ökonomen fordern, dass man als Konsequenz aus der gegenwärtigen Eurokrise eine stärkere Verlagerung von Kompetenzen auf europäische Ebene in Angriff nehmen müsse, ignorieren sie das ganz erhebliche demokratische Legitimitätsproblem, das dadurch entstünde. Solange es kein europäisches Volk mit entsprechender Identifikation aller Menschen in Europa einschließlich hinreichend gemeinsamer kultureller Werte sowie Lebensweisen gibt, bleibt die entscheidende Legitimationsquelle der Nationalstaat, trotz vieler Gemeinsamkeiten der europäischen Völker.



**Ökonomische Modelle taugen als Hilfe zur Diagnose wie anschließender Vorschläge zur Therapie, nur dann, wenn sie die kulturellen Gegebenheiten eingehend in alle Überlegungen miteinbeziehen. Dabei spielt gerade in Europa die demokratische Legitimation eine entscheidende Rolle!**

Neben einigen Ökonomen fordern vor allem **viele Politiker in Europa** eine verstärkte Übertragung von Machtbefugnissen weg von den Nationalstaaten hinauf zur europäischen Ebene. Gerade ihnen als gewählte Politiker sollten die damit verbundenen demokratischen Legitimationsprobleme eigentlich bewusst sein. In meinen obigen Ausführungen habe ich diese an mehreren Stellen eingehend erläutert sowie schon vor Jahren auf die damit verbundenen Gefahren hingewiesen. Die politische Elite – unter dieser ganz maßgeblich der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl – hat darauf überhaupt keine Rücksicht genommen, sondern meinte gegen die Mehrheitsmeinung des Volkes einfach die europäische Integration so voranzutreiben, wie sie es für richtig hielt. So wurde der Euro – gegen alle berechtigten Warnungen und gegen die Mehrheit des deutschen Volkes – einfach eingeführt. Eine der Begründungen lautete dabei, dass man durch die gemeinsame Währung die politische Integration vorantreiben könne. Nun geschieht aber das genaue Gegenteil: Der Euro und die mit diesem verbundenen Rettungsmaßnahmen drohen eher zum **Spaltpilz** Europas zu werden, wodurch auch viele eindeutig positive Aspekte der europäischen Zusammenarbeit erheblichen Schaden nehmen könnten. Ganz maßgeblich durch die falsche Politik der letzten Jahrzehnte sind wir nun in eine Situation gekommen, in welcher die Lage so verfahren ist, dass es keinen leichten Ausweg mehr gibt. **Und nun sollen wir ausgerechnet der politischen Elite Vertrauen bei der Lösung der Probleme schenken? Ich tue es jedenfalls nicht!**

#### 4. Es kommt noch schlimmer: Die ‚Target-Falle‘:

Professor Sinn, der Präsident des bekannten und angesehenen ifo-Institutes, hat sich in seinem Buch ‚Die Target-Falle‘ mit einem weiteren, in seiner Größenordnung kaum zu unterschätzendem, Problem im Hinblick auf die Eurokrise auseinandergesetzt. Aber er beleuchtet darin nicht nur dieses Problem, sondern weist auf weitere, grundsätzliche Fehler bei der Konstruktion des Euro sowie der Organisation der Europäischen Union hin. Dass ich mit Herrn Professor Sinn in so gut wie allen Punkten übereinstimme, geht aus meinen obigen Beiträgen zu diesem Thema hervor. Folgende Punkte seien diesbezüglich an dieser Stelle noch einmal kurz aufgeführt:

1. Deutschland kann nicht einfach pauschal zum Gewinner der Euro-Einführung erklärt werden, weil beispielsweise in den ersten Jahren viel Kapital aus Deutschland auch gerade in die südlichen Länder Europas abfloss, da die meisten Anleger glaubten, dass dort ihr Geld genauso sicher sei wie in Deutschland, nur dass eben ein klein wenig mehr Gewinn im Süden herauspringe. Dieser Kapitalabfluss hat Deutschland zunächst große Probleme und nicht zuletzt eine hohe Arbeitslosigkeit beschert, woraufhin einige als relativ hart empfundene Reformen durchgeführt werden mussten, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu gewährleisten oder teilweise sogar erste wieder herzustellen. Insbesondere die einfachen Arbeitnehmer übten gezwungenermaßen Lohnzurückhaltung, während in den Südländern ordentlich zugelangt worden ist. Erst jetzt, nachdem klar geworden ist, dass man im Süden über seine Verhältnisse gelebt hat, das Kapital die Flucht zurück in den sicheren Hafen Deutschlands sucht und wir langsam beginnen einige Früchte aus den vorhergehenden Bemühungen zu ziehen, erschallen die Klagerufe aus dem Süden. Besonders bedauerlich ist die Unterstützung

all dessen von deutschen Politikern, welche in diesen Chor zum offensichtlichen Schaden Deutschlands eifrig einstimmen.

2. Die eben beschriebene Party vor allem in den Südländern der EU konnte u.a. auch aufgrund der niedrigen Zinsen, die durch die Euroeinführung jenen Ländern beschert wurde, erst richtig losgehen. Denn erst dadurch war es ihnen möglich, viele neue Kredite zu besten Konditionen aufzunehmen. Und dies hatten sie vor allem der Kreditwürdigkeit Deutschlands zu verdanken. Aber anstatt das Geld sinnvoll zu investieren oder, noch besser, Schulden abzubauen, verteilten die verantwortlichen Politiker in diesen Ländern Wahlgeschenke, die von ihren Völkern natürlich dankbar angenommen worden sind. Nun, da die Party vorbei ist, kommt Katerstimmung auf. Und der deutsche Steuerzahler und Sparer soll weiter bürden und zahlen; angeblich liege dies ja auch in deutschem Interesse.
3. Die auf Pump finanzierte Wohlstandsmehrung weiter Bevölkerungskreise in den südlichen Ländern hat ganz wesentlich mit zur Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit der dortigen Wirtschaft durch zu hohe Lohn- und damit Preissteigerungen geführt, so dass ihre Güter und Dienstleistungen zu teuer wurden und kaum noch Abnehmer fanden. Dies führte notwendig zu immer größeren Leistungsbilanzdefiziten, also mehr Importen als Exporten. Infolgedessen litten viele Bereiche der privaten Wirtschaft, wodurch immer mehr international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze verloren gingen.
4. In den Zeiten vor der Euro-Einführung besaßen die Südländer die Möglichkeit der Abwertung der eigenen Währung, so dass sie dadurch an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen konnten. Denn durch eine Abwertung der eigenen Währung werden Importe teurer und Exporte billiger. Infolgedessen konnten die oben erwähnten Leistungsbilanzdefizite viel leichter ausgeglichen werden als heute. Denn nun steht diesen Ländern eine solche Lösung nicht mehr zur Verfügung, da sie an die gemeinsame Währung gebunden sind. Um ihr Leistungsbilanzdefizit beispielsweise mit Deutschland auszugleichen, müssen sie entsprechend wettbewerbsfähig werden: So müssten beispielsweise Griechenland oder Portugal ihre derzeitige Produktivität an deutsches Niveau angleichen oder aber entsprechend ihre Faktorkosten und damit Preise senken, insbesondere Löhne und Gehälter. Ich teile Professor Sinns große Skepsis, dass dies in absehbarer Zeit gelingen kann. Wenn dies aber nicht geschieht, sind dauerhafte Transferzahlungen der leistungsstarken Länder wie Deutschland unumgänglich und zwar auf sehr lange Dauer und in erheblicher Größenordnung.
5. Professor Sinn kritisiert in seinem Buch genauso wie ich die offensichtlich ungerechte Stimmverteilung in der Europäischen Zentralbank zu Ungunsten Deutschlands: Im entscheidenden Zentralbankrat hat prinzipiell jede nationale Notenbank der Euroländer nur eine Stimme, so dass beispielsweise das winzige Malta das gleiche Stimmengewicht wie Deutschland zukommt. Allerdings muss Deutschland natürlich ein Vielfaches der Einlagen sowie der Haftung für die gemeinsame Zentralbank im Vergleich zu Malta stemmen und kann bei Abstimmungen leicht überstimmt werden. Dies ist besonders schlimm, wenn es darum geht, dass durch Maßnahmen der Zentralbank letztlich der deutsche Steuerzahler in Haftung genommen wird, weil in jenem Rat Beschlüsse zu dessen Lasten getroffen werden und er keine Möglichkeit besitzt sich dagegen zu wehren.
6. Schließlich beklagt auch Professor Sinn an mehreren Stellen in seinem Buch die gravierenden Demokratie- und damit Legimitationsdefizite der Europäischen Union.

Ich will es bei diesen sechs Punkten an dieser Stelle belassen, welche wesentliche Übereinstimmung meiner Ausführungen in den vorangegangenen Beiträgen mit denen von Professor Sinn deutlich werden lassen.

Nun werde ich mich mit dem Problem der Banken- und Staatsschuldenkrise, der ‚Target-Falle‘ und der damit verbundenen Leistungsbilanzungleichgewichte in der Eurozone auseinandersetzen und versuchen, einige Kernaussage von Professor Sinn hierzu in möglichst kurzer und einfacher Form darzulegen:

Was hat es nun mit der sogenannten ‚Target-Falle‘ auf sich? Und wie hängt dies mit der Eurokrise und den Gefahren für den deutschen Steuerzahler und Sparer zusammen?

Klären wir aber zunächst einige grundsätzliche Zusammenhänge bezüglich des Geldes, weil dies für das Verständnis der Zusammenhänge unumgänglich ist: Geld in all seinen Formen – also Münzen, Scheine oder Buchgeld (auf Bankkonten usw.) – wird von der Notenbank herausgegeben. Die Geschäftsbanken bzw. Sparkassen bekommen gegen Pfänder das Geld von der Notenbank und müssen dafür einen Zins zahlen, dessen Höhe wiederum von der Notenbank festgesetzt wird. Dieses Geld verleihen die Geschäftsbanken und Sparkassen mit einem Zinsaufschlag an ihre Kunden weiter, also Privatleute oder Unternehmen. Hier sei kurz angemerkt, dass das meiste von den Geschäftsbanken und Sparkassen verliehene Geld in normalen Zeiten durch Einlagen ihrer Sparer abgesichert ist, sprich die Bank sammelt Geld von Sparern ein, zahlt ihnen dafür einen Zins und verleiht es an Kreditnehmer mit einem Zinsaufschlag weiter. Allerdings muss u.a. aufgrund des Wirtschaftswachstums die Wirtschaft Jahr für Jahr mit mehr Geld versorgt werden, da dieses Wachstum in der Regel eben auch mehr Geldtransaktionen für Käufe und Verkäufe von Gütern und Dienstleistungen verursacht. So schafft die Notenbank dementsprechend mehr Geld. Damit keine Inflation – also Geldentwertung – stattfindet, ist es sehr wichtig, dass dem von der Notenbank ausgegebenen Geld auch ein entsprechender realer Wert gegenübersteht. In früheren Zeiten waren dies in der Regel vor allem Edelmetalle wie Gold. Heute spielt die Gelddeckung nur noch eine untergeordnete Rolle. Der Wert einer Währung hängt nunmehr vor allem von der Wirtschaftskraft eines Landes bzw. Währungsgebietes ab. Denn der Wert der von der Wirtschaft produzierten Güter und Dienstleistungen deckt gewissermaßen denjenigen der herausgegebenen Geldmenge. Damit es nicht zu einer zu großen Geldschöpfung durch die Notenbank kommt, müssen u.a. die von den Geschäftsbanken hinterlegten Pfänder wirklich werthaltig sein, sprich eine hohe Bonität genießen, weil ansonsten dem von der Notenbank geschaffenen Geld kein entsprechender Wert gegenüberstünde. Als Pfänder mit höchster Bonität galten in der Eurozone lange Zeit auch Staatsanleihen aller an ihr beteiligten Länder. Staatsanleihen sind nichts anderes als Schuldverschreibungen von Staaten, die für Zins und Tilgung mit ihren Einnahmen – vornehmlich Steuern ihrer Bürger – eintreten. Käufer von Staatsanleihen erhalten einen Zins für die Zeit, in welcher sie dem Staat dieses Geld leihen sowie die Zusicherung, dass sie das verliehene Geld zum vereinbarten Zeitpunkt vollständig wieder zurückerhalten: alles im Prinzip wie bei jedem normalen Kreditgeschäft. Käufer solcher Staatsanleihen sind neben privaten Sparern vor allem große Geldanleger wie Versicherungen oder aber auch Banken und Sparkassen. Letztere können – wie oben bereits erwähnt – Staatsanleihen, die sie zuvor gekauft haben, bei der Notenbank als Pfand hinterlegen, um dafür dann von jener Geld zu erhalten, welches sie dann wiederum an ihre Kunden weiter verleihen (s.o.).

Was ist im Zuge der Eurokrise passiert? Die Staatsverschuldung, insbesondere in einigen Südländern der Währungsunion, hat aufgrund des niedrigen Zinsniveaus – sprich des billigen Geldes – stark zugenommen. Eine weitere Folge dieses billigen Geldes war sowohl in den USA als auch einigen Ländern Europas – so beispielsweise in Spanien – die Anhäufung riesiger Kreditvolumina auf Immobilien. Allerdings stellte sich spätestens ab dem Jahr 2007 immer mehr heraus, dass einerseits der Wert jener auf Kredit gebauten bzw. gekauften Immobilien viel zu sehr in die Höhe geschossen und damit eine wesentliche Absicherung der auf die Immobilie aufgenommenen Schulden nicht mehr in vollem Umfang gegeben war. Andererseits hatten die Banken viel zu großzügig – auch auf Drängen der Politik – Kredite an Schuldner verliehen, die eigentlich aufgrund ihrer Vermögens- und Einkommenssituation

diese hätten gar nicht erhalten dürfen. Vielen Häuslerbauern drohte die Überschuldung und damit den Banken ein – zumindest teilweiser – Zahlungsausfall auf die ausgegebenen Kredite. Alle lebten fröhlich vom Schuldenmachen bei niedrigen Zinsen: Die Staaten, die sich immer weiter verschuldeten, die Banken, die auch Kunden Geld liehen, die es wohl kaum würden zurückzahlen können und schließlich viele private Haushalte, die sich ebenfalls auf Pump nicht nur Häuser, sondern noch vieles andere gönnten. Als dann in den Jahren 2007 / 2008 der ganze Schwindel aufflog, Banken pleite gingen – besonders spektakulär war diejenige der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers – oder von den Staaten mit vielen Milliarden gerettet wurden, kam es zu einer weltweiten Rezession mit vielen negativen Begleiterscheinungen, wie wachsender Arbeitslosigkeit, noch höheren Staatsschulden sowie eines generellen Misstrauens in der Finanzwelt gegenüber so gut wie allen, die sich Geld geliehen haben: neben Privatleuten und Unternehmen eben auch vielen Staaten gegenüber. Insbesondere Länder wie Griechenland oder Portugal traute man immer weniger zu, ihre Schulden auch wirklich bedienen, sprich Zins und Tilgung fristgerecht leisten zu können, weil ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit Wirtschaftskraft als nicht mehr ausreichend angesehen wurde. Somit stiegen die Zinsen für diese Länder, wenn sie Schulden aufnehmen wollten, da der Kreditgeber für das gestiegene Risiko einen Preis verlangte. Und so gut wie alle Länder in Europa sowie die USA oder Japan sind auf Kredite angewiesen, um ihre Staatsausgaben zu decken. Denn ihre Steuereinnahmen reichen dazu offensichtlich immer weniger aus.

Nun aber zurück nach Europa: Als nun einige Länder in der Eurozone drohten ihre Schulden nicht mehr bedienen zu können, sprang ab dem Jahr 2008 zunächst die Europäische Zentralbank (EZB) mit verschiedenen Maßnahmen ein. So senkte sie u.a. die Bonität für die Pfänder, welche die Geschäftsbanken und Sparkassen bei ihr zur Beschaffung von Geld hinterlegten. Denn viele Banken waren ja im Zuge der oben beschriebenen Schuldenkrise in Not geraten und benötigten dringend frisches Geld. Bis ins Jahr 2012 senkte die EZB die Bonität der Pfänder immer weiter ab, so dass sie selbst beispielsweise griechische Staatsanleihen, die auf dem freien Markt nur noch als Schrottpapiere galten, als sicheres Pfand annahm. Zudem kaufte die EZB am Sekundärmarkt selber Staatsanleihen notleidender Südländer in Höhe von hunderten Milliarden auf. Auch dafür haftet letztlich der deutsche Steuerzahler in erheblichen Umfang mit. Solide Geldpolitik im Stile der Bundesbank zu DM-Zeiten sah anders aus! Neben der EZB sprangen nun auch die noch einigermaßen soliden Euroländer wie z.B. Deutschland oder die Niederlande den überschuldeten Ländern durch Hilfspakete und Rettungsschirme in Höhe von vielen Milliarden bei, obwohl dies ein glatter Vertragsbruch war und ist. Dazu finden sich in den obigen Beiträgen sowie im nachfolgenden einige Erläuterungen von mir, weshalb ich sie an dieser Stelle nicht wiederholen möchte. Auch Professor Sinn thematisiert in seinem Buch diesen skandalösen Vorgang in aller dankenswerten Klarheit.

Als ob dies alles nicht schon schlimm genug wäre, spielte sich zunächst im Verborgenen noch etwas viel Gravierenderes ab: Dies sind die sog. ‚Target-Salden‘. Was hat es damit auf sich? Wenn Länder wie Portugal oder Griechenland im Wert mehr Waren ein- als ausführen, entsteht bei ihnen ein Leistungsbilanzdefizit. Dies muss irgendwie finanziert werden. Vor der oben angesprochenen Finanzkrise von 2007 / 2008 liehen sich diese Länder das Geld an den Finanzmärkten bei privaten Gläubigern zu relativ niedrigen Zinsen, welche sie aufgrund der Mitgliedschaft im Euroraum erhielten. Sie profitierten damit letztlich auch von der hohen Bonität Deutschlands aufgrund seiner leistungsstarken Wirtschaft und seinen vielen Sparern, die nicht all ihr hart verdientes Geld gleich verjubelt, sondern eben beispielsweise für das Alter zurückgelegt haben. Als den privaten Gläubigern allerdings im Zuge der Krise bewusst wurde, dass sie wahrscheinlich ihr an die weniger solide wirtschaftenden Länder verliehenes Geld nicht mehr oder zumindest nicht in vollem Umfang zurückerhalten würden, wollten sie keinen weiteren Kredit mehr gewähren und versuchten so weit wie möglich, ihr bereits ver-

liehenes Geld zurückzubekommen. Daher drängten insbesondere internationale Großanleger, dass doch der deutsche Steuerzahler für das verliehene Geld geradestehen sollte. Und die deutsche Politik gab und gibt diesem Drängen leider viel zu sehr mit all den Hilfspaketen und Rettungsschirmen nach. Nun aber zurück zu den ‚Target-Salden‘: Wie oben bereits erwähnt senkte die EZB die Bonität der Pfänder im Zuge der Krise drastisch ab und ermöglichte es damit, dass Länder wie Griechenland, Portugal oder Spanien weiterhin zu sehr günstigen Konditionen an Geld kamen, mit dem sie deutsche Waren einkaufen konnten und weiterhin können. Denn von privaten Gläubigern an den Märkten erhielten sie ja keinen oder zumindest nicht ausreichenden Kredit zu ihnen erträglich erscheinenden Konditionen. Nur, irgendwie muss das Leistungsbilanzdefizit doch finanziert werden. Wenn es also nicht über die Märkte durch private Geldgeber geschieht, müssen also öffentliche einspringen. Bevor die Staaten mit den oben erwähnten Hilfen einsprangen, wurde die EZB tätig und ist es immer noch, zusätzlich zu allen Hilfspaketen! Aber wie funktioniert dieses Target-System nun genau? Vereinfacht ausgedrückt verhält es sich so: In den Ländern wie Griechenland, Portugal oder Spanien werden im Wert mehr deutsche Waren eingekauft als von diesen an Deutschland verkauft werden. Die Bezahlung der Güter läuft bei Überweisungen über die nationalen Grenzen hinweg in der Regel wie folgt: Die Kunden, die eine Waren in Deutschland gekauft haben, weisen ihre Geschäftsbank an, den entsprechenden Betrag an die Verkäufer in Deutschland zu überweisen. Die Geschäftsbanken in den Südländern geben ihre Aufträge an ihre jeweilige Notenbank weiter. Diese leitet dann jene Beträge an die Deutsche Bundesbank weiter und jene sorgt dann dafür, dass dieses Geld auf die Geschäftskonten der deutschen Unternehmen landet. Umgekehrt funktioniert es natürlich genauso, sprich wenn Deutsche Waren in jenen Ländern kaufen. Seit vielen Jahren werden jedoch mehr Waren von Deutschland an jene Länder ver- als eingekauft, so dass ein Leistungsbilanzdefizit entsteht. Dieses wurde bis zum Jahr 2008 von privaten Gläubigern finanziert, wie oben beschrieben. Aber seit Ausbruch der Krise ist diese Quelle bekanntlich ganz oder zumindest teilweise versiegt. Und dann kam die EZB den bedrängten Ländern zur Hilfe, indem sie u.a. die Bonität für die Pfänder drastisch senkte. So konnten die nationalen Notenbanken in Griechenland, Portugal oder Spanien das nötige Geld quasi drucken, es an die Geschäftsbanken weitergeben und diese wiederum damit ihre Wirtschaft versorgen. Und dafür mussten und müssen auch weiterhin diese Geschäftsbanken und Sparkassen in den Südländern keine werthaltigen Pfänder mit entsprechend guter Bonität hinterlegen. Es werden einfach Euros aus dem Nichts geschaffen, womit man in Deutschland auf Einkaufstour gehen kann. Aufgrund der Tatsache dass Deutschland infolge seiner hohen Wettbewerbsfähigkeit mehr Waren vor allem auch in jene Südländer verkauft hat, häuften sich bei der Bundesbank im Zuge des oben beschriebenen Überweisungs- und Verrechnungssystems riesige Salden – die sog. ‚Target-Salden‘ – an. Denn die Bundesbank erhielt ja die entsprechenden Zahlungsanweisungen von den Notenbanken der Südländer für Wareneinkäufe von Unternehmen und Privatleuten aus jenen Ländern. Und nachdem die Bundesbank diese Beträge auf die Konten der deutschen Unternehmer weitergeleitet hatte, besaß sie eine Forderung gegenüber jenen Notenbanken bzw. der EZB, die ja mit der Euroeinführung für das Währungsgebiet als Ganzes verantwortlich zeichnet. Umgekehrt entstehen natürlich auch Verbindlichkeiten der Deutschen Bundesbank, wenn Deutsche in diesen Ländern Waren einkaufen und sie ihre Rechnungen per Überweisung begleichen. Da aber viel mehr Waren aus Deutschland heraus in diese Länder verkauft werden, entstehen eben jene Target-Salden, d.h. Forderungsüberschüsse der Deutschen Bundesbank. Bis Mitte 2012 sind diese Forderungen auf fast eine Billion Euro, also 1.000 Milliarden angewachsen und zwar ohne dass ein Bundestagsabgeordneter darüber hat abstimmen können. Diese Größe überschreitet die deutsche Haftung für alle bisher beschlossenen Hilfs- und Rettungspakte um ein Vielfaches! Um den ganzen Sachverhalt noch einmal in Kürze vereinfacht zusammenzufassen: Südländer wie Griechenland, Portugal oder Spanien kaufen weiterhin deutsche Waren, die sie allerdings über das Target-System bei der Deutschen

Bundesbank anschreiben lassen. Und hinter der Bundesbank steht letztlich der deutsche Steuerzahler. Sobald dieses ganze System nicht mehr funktioniert, müssen wir Deutsche wahrscheinlich einen Großteil dieser Forderungen abschreiben und haben damit unsere Waren praktisch zu einem Großteil an jene Länder verschenkt! Wenn also beispielsweise deutsche Arbeitnehmer einiges angespart haben und dieses Vermögen dann im Alter aufbrauchen wollen, werden sie dann feststellen müssen, dass sie das nicht mehr können. Ein großer Teil ist einfach weg!!

Das Auftürmen dieser Target-Salden erfolgte lange Zeit im Verborgenen, so dass weder unsere Volksvertreter noch gar der normale Bürger und Steuerzahler davon Kenntnis erhielt. Es vor allem Professor Sinn und seinem Buch sowie seinen öffentlichen Äußerungen zu diesem Thema zu verdanken, dass dieser Sachverhalt nun auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Ich habe in meinen obigen Ausführungen natürlich in dieser Kürze nur einen Teil dieses komplexen Sachverhaltes wiedergeben können und verweisen an dieser Stelle nochmals auf das Buch von Professor Sinn.

Abschließend will ich noch auf einige weitere Sachverhalte zu diesem Thema kurz eingehen, die ebenfalls in dem genannten Buch angesprochen werden.

So weist Professor Sinn darauf hin, dass bereits jetzt der deutsche Sparer leidet, indem aufgrund der von der EZB extrem niedrig gehaltenen Zinsen er nicht einmal einen Inflationsausgleich für seine Ersparnisse erhält und damit Jahr für Jahr sein Vermögen schmilzt wie Schnee an der Sonne. Des einen Fluch ist des anderen Segen: Die hoch verschuldeten Südländer profitieren auf zweierlei Hinsicht auf Kosten des deutschen Sparers: Sie müssen viel weniger Zinsen für ihre Schulden heute zahlen und zugleich sinkt der Wert ihrer Schulden auch ohne Tilgung allein durch die Inflation. Als ob dies nicht genug ist, springt der deutsche Steuerzahler auch noch mit Hilfspaketen und Rettungsschirmen ein. Und als Dank dafür werden wir Deutsche auch noch in den Ländern beschimpft, denen wir mit unserem Geld helfen. Und wie verhalten sich viele (nicht alle!) unserer Politiker im Bundestag über die Parteigrenzen hinweg: Sie überbieten sich mit weiteren Hilfszusagen und Aufrufen an uns zu noch mehr Solidarität mit dem Süden.

Ein weiteres Problem in der Handhabung der Krise, auf welches Professor Sinn hinweist, besteht darin, dass Kapitalströme dorthin durch die EZB sowie die anderen Rettungsmilliarden aus öffentlichen Gelder gezwungen werden, wohin sie die privaten Geldanleger eigentlich gar nicht hinhaben wollen, wenn sie frei entscheiden könnten. Infolgedessen wird dieses Kapital in Verwendungen hineingeleitet, in denen es nicht so ertragreich wirken kann, wie an anderer Stelle. Dadurch entstehen gesamtwirtschaftliche Ineffizienzen und letztlich eine allgemeine Wohlstandsminderung. Deutschland läuft dabei Gefahr, darunter überproportional zu leiden, weil gerade hier weniger Kapital zur Verfügung steht und damit weniger Investitionen in Arbeitsplätze erfolgen werden als sie es könnten, wenn diese Zwangsumleitung nicht stattfände. Also wieder sind wir Deutschen die Dummen. Aber das wollen anscheinend viele unserer Volksvertreter nicht wahrhaben.

Ebenfalls kritisiert Professor Sinn aus meiner Sicht völlig zu Recht, dass durch all die Hilfsmaßnahmen und Rettungsmilliarden die Anreize in den Krisenstaaten sinken, unbedingt notwendige Reformen für eine höhere Wettbewerbsfähigkeit in einem erforderlichen Umfang durchzuführen, weil dies mit harten Einschnitten in den gewohnten Lebensstandard verbunden ist. Es ist natürlich viel bequemer, den deutschen Steuerzahler und Sparer weiterhin brav zahlen und bürgen zu lassen. Fragt sich nur, wie lange sich der deutsche Michel dies noch alles gefallen lässt oder wann ihm selbst die Puste ausgeht?!

## 5. Warum überhaupt noch zur Wahl gehen?!

Warum sollte man in Deutschland überhaupt noch zur Wahl gehen? Ich weiß natürlich, dass sich sofort viele gute, vernünftige Gründe dafür aufführen ließen, warum man unbedingt auch in Deutschland von seinem Wahlrecht Gebrauch machen sollte. Aber ich will hier einmal den *Advocatus Diaboli* geben und zwar am Beispiel der Euro-Krise.

Wenn ich mich an einer Wahl beteilige, will ich durch meine Stimmabgabe den politischen Prozess in meinem Land mitbestimmen. In Deutschland habe ich auf der die meisten wichtigen Fragen entscheidenden Bundesebene nur die Möglichkeit, alle vier Jahre meine zwei Kreuzchen zu machen, eines für den Abgeordneten und das andere, weit wichtigere für die Partei. Ich kann mich faktisch nur zwischen einigen Parteien und denen von ihnen aufgestellten Kandidaten entscheiden. Weder habe ich Einfluss auf die Personen noch die Inhalte, die zur Wahl stehen. Sobald ich mich für eine Partei entschieden habe, wähle ich – ob ich will oder nicht – immer das ganze Programmpaket, auch wenn ich vielleicht vieles davon überhaupt nicht richtig finde. Ich wähle halt diese Partei, weil sie meinen Vorstellungen noch am nächsten kommt im Vergleich mit den anderen. Also gut, man muss eben Kompromisse machen. Aber ich muss mich doch dann wenigstens auf die Versprechungen der Parteien verlassen können. Sonst könnte ich ja einfach blind irgendwo auf dem Wahlzettel mein Kreuzchen machen, oder gar nicht erst zur Wahl gehen. Denn ich würde ja letztlich überhaupt nichts in meinem Sinne im politischen Prozess bewirken können, weil die Parteien und deren Kandidaten, erst einmal gewählt, das machten, was sie wollten und nicht das, wofür sie von den Wählern ihre Stimme erhalten hätten. Und wie sieht es in der Realität aus? Selbstverständlich werden Wahlversprechen der Parteien immer wieder in eklatanter Weise gebrochen, wodurch die Wahlen zur bloßen Farce zu verkommen drohen. Die Wähler sollen schön brav die Parteien und ihre Kandidaten wählen und dann gefälligst den Parlamentariern das politische Geschäft überlassen. Sie verstehen schließlich auch viel mehr davon, als der normale Bürger, Steuerzahler und Wähler. Diesen Eindruck jedenfalls gewinnen viele Menschen in Deutschland, und auch mir geht es so. Wenden wir uns nun der Euro-Krise als einem Beispiel für das eben Geschriebene zu. Die verantwortlichen Politiker in Deutschland versprachen uns immer und immer wieder, dass es mit der Einführung des Euros keine Transferunion geben werde, also dass ein Land für die Schulden eines anderen einsteht. Und dies hielt man sogar rechtsverbindlich vertraglich fest! Nun müssen wir feststellen, dass weder das politische Versprechen noch ein rechtsverbindlicher Vertrag eingehalten wird. Und dieser Rechtsbruch hat zudem keinerlei Konsequenzen für die Rechtsbrecher. Man stelle sich vor, wir normalen Bürger würden einfach einmal das Recht brechen, beispielsweise einfach keine Steuern mehr zahlen, weil wir das Geld lieber für etwas anderes ausgeben wollten: Wir würden sofort juristisch zur Verantwortung gezogen und bestraft werden!

Darüber hinaus vermitteln uns die meisten Politiker in der Euro-Krise auch nicht gerade Fachkompetenz. Die meisten Ökonomen haben schon im Vorfeld der Euro-Einführung davor gewarnt, dass die Einführung einer gemeinsamen Währung mit einer einheitlichen Geld- und Zinspolitik durch eine gemeinsame Zentralbank bei ganz verschiedenen entwickelten Volkswirtschaften ohne eine politische Union einschließlich einer Transferunion auf Dauer nicht funktionieren könnte. Aber das ignorierten die verantwortlichen Politikern – an der Spitze der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl – arrogant. Sie wussten zudem natürlich auch, dass die Menschen in Deutschland den Euro in ihrer großen Mehrheit nicht wollten und erst recht eine wie oben beschriebene politische Union entschieden ablehnten. Aber unsere politische Elite hat selbstverständlich zu keinem Zeitpunkt auch nur daran gedacht, das Volk über eine so grundlegende Frage direkt abstimmen zu lassen. Sie meinten ja, alles besser zu wissen! Heute sehen wir, dass sie es eben weder damals noch heute wirklich besser wussten bzw. wissen. Dennoch klammern sie sich mit aller Macht an die Macht und überlassen die Entscheidung

über derart grundlegende Fragen nicht dem Volk, dem eigentlichen Souverän in einer Demokratie!

Also noch einmal: Warum sollen wir überhaupt noch wählen gehen? Die Politiker machen, was sie wollen. Und nicht einmal das Argument, dass sie doch fachkompetent seien, kann ein Großteil der politischen Elite für sich beanspruchen. Dennoch beharrt diese politische Elite zäh auf ihrem Entscheidungsmonopol. Wir Bürger dürfen auf Bundesebene lediglich alle vier Jahre unsere Kreuzchen machen. Und selbst diese sind kaum bis gar nichts mehr wert, weil nach der Wahl in zentralen Punkten etwas anderes gemacht wird, als vor der Wahl den Wählern versprochen worden ist. Und neuerdings halten sich Politiker nicht einmal an rechts-gültige Verträge und biegen sich das Recht so zurecht, wie sie es gerne haben wollen. Zudem verlieren die von uns gewählten Bundestagsabgeordneten immer mehr Kompetenzen an die Europäische Union. Und die dortigen Behörden und Institutionen erwecken selbst beim naivsten Menschen nicht den Eindruck, dass sie einer auch nur annähernd akzeptablen demokratischen Legitimation und Kontrolle unterliegen.

Um noch einmal auf die Euro-Krise zurückzukommen: Welche Wahl hatten wir denn vor der Einführung des Euro? Obwohl die große Mehrheit in Deutschland gegen diese neue Währung war, waren alle im Bundestag vertretenen Parteien dafür. Wen hätten die vielen Wähler, die gegen den Euro waren, denn mit einiger Aussicht auf Erfolg wählen sollen, wenn fast die gesamte politische Elite des Landes für den Euro war? Wir hatten also in einem zentralen Punkt überhaupt keine Wahl! Und heute dürfen wir als Bürger und Steuerzahler die Zeche zahlen, die uns diese Politiker eingebrockt haben. Und natürlich können wir auch weiterhin nicht selber über solch entscheidende Fragen direkt abstimmen. Zudem vermitteln uns die Politiker auch nicht den Eindruck der nötigen Fachkompetenz. Dennoch haben wir auch weiterhin keine wirkliche Wahl, da (fast) alle aus der politischen Elite die gleiche Richtung in dieser Frage verfolgen.

Mir tut es letztlich in der Seele weh, gerade in dieser Frage den *Advocatus Diaboli* zu geben und Argumente gegen die Sinnhaftigkeit der Teilnahme an Wahlen aufzuführen. Aber leider sehe ich mich aufgrund der arroganten und bürgerfernen Handlungsweise der politischen Elite in Deutschland dazu gezwungen, wobei das Agieren vieler Politiker in der Eurokrise den letzten Anstoß dazu geliefert hat und sich nicht abzeichnet, dass sich an der undemokratischen und bürgerfernen Haltung etwas Grundlegendes ändern wird, wenn es nach der politischen Klasse in diesem Land geht. Wir Bürger müssen uns mit legitimen Mitteln zur Wehr setzen. Und das erste, das wir tun müssen, ist meiner Meinung nach ungeschönt die Dinge beim Namen zu nennen, zu argumentieren und öffentlich zu diskutieren. So können wir Bürger mit wohl begründeten Argumenten in die politische Debatte eingreifen und vielleicht auf Dauer ja doch etwas bewegen. Das ist zumindest meine Hoffnung – auch wenn ich zugeben muss, dass diese Hoffnung im Moment nur sehr, sehr klein ist. Aber auch die kleinste Flamme mag der-einst einmal hell leuchten. Wer weiß?!